

5852/J XX.GP

### ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Willi Brauner, Dr. Harald Ofner, Dr. Martin Graf, Edith Haller.  
Helmut Haigermoser  
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend Unterstützung von Südtirolern, welche von italienischen Gerichten entgegen den Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention verurteilt wurden

In den 60er Jahren wurden in Italien Südtiroler zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, die teilweise noch aufrecht sind.

Dies gilt heute insbesondere für jene Südtiroler, welche wegen angeblicher Blutverbrechen in Abwesenheit von italienischen Gerichten zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden. Eingehende Untersuchungen und Gerichtsverfahren in Österreich, auch unter Beteiligung und Ladung der italienischen Seite, ergaben jedoch zweifelsfrei, daß in jedem Einzelfall der Vorwurf der Blutverbrechen unbegründet war. Aufgrund zahlreicher Erkenntnisse bundesdeutscher Höchstgerichte (BVG, BGH) und des Verwaltungsgerichtshofes der Republik Österreich u.a. vom 11. Dezember 1985 (Zlen. 85/01/0166, 85/01/0185) verstießen diese Südtirol - Prozesse vor italienischen Gerichten gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, vor allem dadurch, daß die Angeklagten nicht zur Hauptverhandlung geladen wurden, sowie weder die Anklageschrift oder das Urteil zugestellt erhielten. Insbesondere das Bundesministerium für Justiz hat dies im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt den Behörden der Bundesrepublik Deutschland im Auslieferungsverfahren Italiens gegen den österreichischen Staatsbürger Kienesberger nachgewiesen. Infolgedessen lieferten die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Österreich keine in Italien verurteilten Südtiroler aus. Vielmehr kam es zu Löschungen italienischer Urteile aus dem österreichischen Strafregister (u.a. Bescheid des BMI Zl.: 54 041/35 - II/13/86).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

### ANFRAGE:

1. Sind Ihnen Fälle von Südtirolern bekannt, welche laut den Erkenntnissen bundesdeutscher Höchstgerichte und des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes von italienischen Gerichten entgegen der Europäischen Menschenrechtskonvention verurteilt wurden?
2. Wurden seitens des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten Maßnahmen ergriffen, um auf die italienische Seite einzuwirken, diese Urteile, welche unter Verstoß der Europäischen Menschenrechtskonvention gefällt wurden, aufzuheben bzw. die betreffenden verurteilten Südtiroler zu amnestieren?  
Wenn ja, wann, welche und mit welchem Erfolg?  
Wenn nein, warum nicht?

3. Welche Schritte gedenken Sie hinkünftig in diesem Sinne zu ergreifen?
4. Ist die Republik Österreich gegebenenfalls bereit, für alle Betroffenen Schritte beim Europäischen Gerichtshof zu unternehmen bzw. zu unterstützen und zwar mit dem Ziel der Aufhebung der menschenrechtswidrigen italienischen Urteile?

Wenn nein, warum nicht?